

campus

SPIEGEL
Bestseller

SAHRA WAGENKNECHT

WIE WIR UNS VOR DEM KAPITALISMUS RETTEN

REICHTUM OHNE GIER

Aktualisierte
Sonderausgabe

zwanzigsten Jahrhundert gab es viele international tätige Unternehmen, deren Radius mindestens bis in die Kolonien des Mutterlandes und oft darüber hinaus reichte. Der Goldstandard begründete eine globale Währungsordnung, in deren Rahmen Finanzkapital relativ frei und unreguliert zirkulierte. Dass die Globalisierung in jüngerer Zeit wegen neuer Techniken für Transport und Kommunikation und infolge der Digitalisierung eine andere Dimension annehmen konnte, ist unbestritten. Aber das ändert nichts daran, dass die Globalisierung der Wirtschaft im Kapitalismus die Regel war, die De-Globalisierung in der Mitte des letzten Jahrhunderts dagegen die Ausnahme. Diese Ausnahme allerdings war die entscheidende Bedingung für die Gestaltbarkeit des Wirtschaftslebens im Rahmen demokratischer Wohlfahrtsstaaten.

Die Globalisierung ist aber nicht nur nichts Neues, ihr Durchbruch in jüngerer Zeit war auch alles andere als eine Naturgewalt. Sie war Schritt für Schritt das Ergebnis freiwilliger, durch nichts erzwungener, allerdings für gewisse Interessengruppen hochoberwünschter politischer Entscheidungen. Kapitalverkehrskontrollen, Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit, Finanzmarktregeln und vieles andere mehr verschwanden nicht von selbst, sie wurden abgebaut. Die Umgehung nationaler Regeln und Gesetze, Betriebsverlagerungen in Niedriglohnländer, globales Steuerdumping, Anwerbung billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland, – all das konnte nur stattfinden, weil die Regierungen der Industriestaaten es ermöglicht haben. Schon der erste zarte Keim eines von den nationalen Regeln für Zinsen und Kreditvergabe befreiten globalen Finanzmarktes, der Euromarkt für Fremdwährungsanlagen in London, konnte sich nur etablieren, weil er von der britischen Regierung geduldet wurde, und er wuchs auch deshalb, weil die Zentralbanken der europäischen Länder, insbesondere die Bundesbank, ihre Währungsreserven dort angelegt haben.

Die Minderheit der Reichen gegen die Mehrheit schützen

Der Blick auf die mächtigen und äußerst repressiven Kolonialstaaten in

der ersten Phase des Globalkapitalismus widerlegt übrigens auch die Mär vom *schwachen Staat* im Zeitalter der Globalisierung. Tatsächlich gab es im globalisierten Kapitalismus immer starke und schwache Staaten, und die Trennlinie zwischen beiden wird dadurch markiert, dass die starken Staaten die globalen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse der eigenen Unternehmen gestalten können, während die schwachen dazu nicht in der Lage sind. Als die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit erlangten, belegten sie Textilien und später Stahl mit hohen Einfuhrzöllen, um die überlegenen britischen Waren fernzuhalten. Das ermöglichte den Aufbau einer heimischen Industrie. Indien, Ägypten und andere abhängige Länder mussten dagegen die Freihandelsdiktate ihrer Kolonialherren akzeptieren und blieben so arm, wie sie waren. Globalisierung und Abschottung sind kein Gegensatz, aber die Abschottung diente den wirtschaftlich Mächtigen und wurde den Machtlosen verwehrt. Donald Trumps »*America first*« als Leitlinie der US-Handelspolitik ist daher weder neu noch steht sie im Widerspruch zu einer globalisierungsfreundlichen Agenda. Schon Ronald Reagan hat die Globalisierung der Finanzmärkte und die internationale Expansion amerikanischer Unternehmen massiv gefördert und zugleich eine äußerst protektionistische Politik gegenüber Japan verfolgt, amerikanische Banken gerettet und Unternehmen aus dem militärisch-industriellen Komplex in Steuergeld gebadet.

Die Globalisierung der Wirtschaft schwächt nicht den Staat. Auch global aufgestellte Konzerne haben gern einen starken Staat im Rücken, der sich im Inneren und auf internationalem Parkett für ihre Interessen einsetzt. Was die kapitalistische Globalisierung schwächt und letztlich zerstört, ist die Demokratie. Denn durch die globalen wirtschaftlichen Verflechtungen verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen gewählten Regierungen und großen Unternehmen zugunsten der Letzteren. In der ersten Phase des globalisierten Kapitalismus, im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, war die politische Herrschaft des Unternehmerlagers ohnehin der Normalzustand, denn es gab kein politisches System, das Parteien, die andere als die Kapitalinteressen vertraten, hätte an die Macht bringen können. In den Vereinigten Staaten, wo immerhin ein allgemeines Männerwahlrecht existierte, hatte der Präsident und einer der Väter der Verfassung, James

Madison, bewusst darauf geachtet, durch die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, »die Minderheit der Reichen gegen die Mehrheit zu schützen«. ⁴

Im 20. Jahrhundert veränderte sich die Situation. Zwar verfolgte die europäische Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch antikapitalistische Ziele. Aber ihre Wähler kamen fast ausnahmslos aus jener Schicht, die sich weiter steigende Löhne, gute öffentliche Dienste, soziale Sicherheit und eine Steuerpolitik zulasten der Vermögenden wünschten. Dass diese mehrheitlichen Interessen sich nun in freien Wahlen geltend machen konnten, drückte auf die Gewinne. Spürbar wurde das vor allem seit Beginn der siebziger Jahre, als das wirtschaftliche Wachstum seinen Schwung verlor. Da die wirtschaftlichen Eliten sich inzwischen wieder fest im Sessel wähnten, waren sie immer weniger bereit, sich mit einer solchen Situation zu arrangieren. Man erinnere sich an die aggressive Kampagne der deutschen Wirtschaftsverbände gegen die Wahl Willy Brandts Anfang der siebziger Jahre: Das war keine Show wie die Wahlkämpfe jüngerer Datums, das war bitterer Ernst. Aber Brandt wurde dennoch gewählt, und auch in anderen europäischen Ländern konnte zuweilen nicht verhindert werden, dass die Demokratie Regierungen an die Macht brachte, deren Programm den Interessen des großen Geldes zuwiderlief.

Hayeks Plan: Einbindung in globale Märkte und internationale Verträge

Da demokratische Werte im Selbstverständnis der westlichen Gesellschaften mittlerweile fest verankert waren, war die Abschaffung der demokratischen Institutionen keine ernsthafte Option. Also suchte man nach Wegen, die Regierungen auf eine konzernfreundliche und renditefördernde Agenda zu verpflichten, ohne das allgemeine Wahlrecht und die parlamentarische Demokratie als solche infrage zu stellen. Genau darüber hatte der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek bereits viele Jahre zuvor nachgedacht. Hayek war ein beinaher Befürworter zügelloser Profitmacherei und er hatte frühzeitig erkannt, dass Kapitalismus, der auf der Bereicherung

Weniger beruht, und Demokratie, in der die Mehrheit über die politische Agenda entscheiden sollte, im Grunde nicht zusammenpassen.

Hayeks richtungsweisender Vorschlag, wie diesem Dilemma zu entkommen sei, lautete: durch Re-Globalisierung der Wirtschaft und die Einbindung der Nationalstaaten in globale Märkte und ein Korsett internationaler Verträge. Dadurch sollten die Spielräume gewählter Regierungen so stark eingeschränkt werden, dass es am Ende keine Rolle mehr spielte, welches Parteibuch die Spitzenpolitiker in der Tasche trugen.

Hayek schreibt: »Der Wegfall von Zollmauern und die freie Beweglichkeit von Menschen und Kapital ... hat wichtige Folgen, die häufig übersehen werden. Sie beschränken den Spielraum der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten in beträchtlichem Maß. Wenn Güter, Menschen und Geld frei über die Grenzen hinweg beweglich sind, so wird es unmöglich, durch eine einzelstaatliche Maßnahme auf die Preise der verschiedenen Erzeugnisse einzuwirken.«⁵ Will heißen, die einzelnen Länder bringen sich um die Möglichkeit, die Löhne vor Dumpingkonkurrenz zu schützen, die Kapitalerträge zu besteuern oder auch die Zinsen im Interesse der eigenen Konjunktur zu beeinflussen.

Der Mechanismus war einfach und wirkungsvoll: Indem den Konzernen der Weg in die große weite Welt geöffnet und ihnen so die Chance gegeben wurde, Regeln und Gesetze ihres Landes, soweit sie ihren Interessen widersprachen, zu umgehen, wurden solche Regeln und Gesetze selbst hohl und im öffentlichen Ansehen diskreditiert. Irgendwann glaubten sogar die Verlierer der neofeudalen Politik, dass hohe Löhne und gute Sozialleistungen nur die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland begünstigen, dass es sich bei Kündigungsschutz und Arbeitszeitgesetzen um *Verkrustungen* des Arbeitsmarktes handelt, die die *Wettbewerbsfähigkeit* des lokalen Standorts beschädigen, und dass hohe Gewinn- oder gar Vermögenssteuern das *scheue Reh* Kapital vertreiben. Und weil der demokratische Staat durch seine scheinbare Unfähigkeit, die Verhältnisse im eigenen Land im Interesse der Mehrheit zu gestalten, selbst mehr und mehr an Akzeptanz verlor, konnte die Vorstellung populär werden, private Anbieter seien grundsätzlich effektiver, billiger und besser als die ach so schwerfällige öffentliche Hand.

Im Ergebnis wurden in vielen Ländern die sozialen Netze zerrissen, der Arbeitsmarkt dereguliert und die einst öffentlichen Dienstleistungen zum Landgewinn und zur neuen Spielwiese privater Renditejäger. Die Löhne begannen zu sinken oder wurden mindestens vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt, weil die Globalisierung des Arbeitsmarktes das Preiskartell für das Angebot an Arbeit zerstört hatte. Fortan stand ein Industriearbeiter im unmittelbaren Wettbewerb mit Niedriglohnstandorten in aller Welt, während die Löhne in den Dienstleistungsbranchen, wo sich die Jobs nicht so leicht verlagern ließen, wegen atypischer Beschäftigungsverhältnisse und geringer gewerkschaftlicher Organisation von vornherein niedriger waren und durch Zuwanderung zusätzlich unter Druck gerieten.

Im Ergebnis haben sich die Machtverhältnisse umgekehrt. Schrieben die alten demokratischen Wohlfahrtsstaaten nicht nur ihren Bürgern, sondern auch den in ihnen beheimateten Unternehmen ihre Regeln und Gesetze vor, regieren heute wieder die globalen Konzerne und zwingen den gewählten Regierungen ihre Interessen auf. Ohne diese Re-Globalisierung und innerhalb funktionsfähiger Demokratien hätte das neofeudale Programm wohl nie eine Aussicht auf Erfolg gehabt.

Die Vereinigten Staaten von Europa

Für Europa beschränkte sich Hayek nicht auf die Forderung nach Etablierung eines großen Binnenmarktes mit freiem Waren- und Kapitalverkehr und grenzenloser Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier plädiert er darüber hinaus für eine politische Integration mit dem Ziel eines europäischen Bundesstaats, da das seiner Meinung nach souveräne Politik im Interesse der eigenen Wähler noch wirksamer verhindern würde als die bloße Einbindung in transnationale Märkte.

»Wie die Erfahrung in bestehenden Bundesstaaten gezeigt hat«, schreibt Hayek mit Blick auf die USA, »ist es für einen Einzelstaat schwierig, selbst Gesetze wie das der Beschränkung der Kinderarbeit oder der Arbeitszeit allein durchzuführen.«⁶ Die Europäische Union als Ganze wiederum würde, so Hayeks Prognose, eher dazu neigen, abweichende nationale Regelungen durch Regelabbau zu vereinheitlichen, weil es aufgrund der unterschiedlichen nationalen